BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - OV Schlangenbad c/o Klaus Stolpp· Taunusstraße 17· Schlangenbad

An den Vorsitzenden
der Gemeindevertretung in Schlangenbad
Dr Uwe Seidel

- per E-Mail -

Ortsverband Schlangenbad

Simone Apitz
Fraktionsvorsitzende

Taunusstraße 8
65388 Schlangenbad

Tel.: +49 (0)6129 - 9491

Simone.Apitz@gruene-schlangenbad.de

Schlangenbad, 10.10.2026

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
Konsolidierungsmaßnahmen Schlangenbader Haushalt

Sehr geehrter Vorsitzender der Gemeindevertretung,

wir bitten Sie, den nachfolgenden **Antrag** auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung zu nehmen:

Die Gemeindevertretung Schlangenbad beschließt:
1. Die Gemeinde Schlangenbad führt eine Grundsteuer-C ein. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, einen Satzungsentwurf vorzubereiten und der Gemeindevertretung so schnell wie möglich zum Beschluss vorzulegen.
2. Die Gemeinde Schlangenbad unternimmt umgehend Anstrengungen, in der Umgebung der Freiflächen-PV-Anlage in Obergladbach zusätzlich zu der PV-Anlage auch Windkraftanlagen zu errichten.
Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die Firma ABO-Energie bzw. die bei dieser Firma zuständige Fachabteilung und deren Rechtsnachfolger anzuschreiben und um Beratung und Unterstützung bei der Realisierung dieser Pläne zu bitten.
3. Die Gemeinde Schlangenbad arbeitet konstruktiv mit der Stadt Eltville am Rhein zur Realisierung von Windenergieanlagen auf dem Gebiet der Stadt Eltville zusammen. Sie tritt mit sofortiger Wirkung aus der Klagegemeinschaft aus, die sich gegen die Eltviller Windkraftanlagen richtet. Der Gemeindevorstand erhält den Auftrag, unverzüglich ein diesbezügliches Schreiben an den Magistrat der Stadt Eltville zu richten.

Begründung:

Die finanzielle Misere der Gemeinde Schlangenbad ist zum größten Teil extern bedingt. Allerdings hat die Gemeinde in der Vergangenheit eigene Möglichkeiten, Einnahmen zu generieren, nicht ausreichend genutzt, um die damit verbundenen finanziellen Probleme zumindest abzumildern. Die aktuelle Lage zwingt zum Umdenken in der Finanz- und Energiepolitik.

Zu 1. Grundsteuer-C

Die Einführung einer Grundsteuer-C würde die privaten Grundstückseigentümern dazu anregen

das Grundstück entweder zu bebauen oder zu diesem Zweck an Bauwillige zu verkaufen. Dadurch würden entweder die Einnahmen aus Grundsteuer-B steigen oder zusätzliche Einnahmen aus Grundsteuer-C generiert.
Der Verwaltungsaufwand dürfte gering sein. Die Gemeinde Riedstadt praktiziert das bereits mit Erfolg. Die dortige Satzung bräuchte nur an unserer Verhältnisse angepasst werden.
https://www.riedstadt.de/rathaus/uebersicht-rathaus/satzungen/steuern-und-abgaben.html
Eine Aufstellung der baureifen Grundstücke in Schlangenbad liegt bereits seit 2024 vor. Damals gab es in Schlangenbad 64 baureife Grundstücke in privater Hand mit einer Gesamtgröße von über 58 Tsd. m².

Zu 2. Windräder in Obergladbach

Die Realisierung des Solarparks in Obergladbach scheint in naher Zukunft Wirklichkeit zu werden. Durch die Kombination von Photovoltaik, Windkraft und Batteriespeicher am selben Standort ergeben sich wirtschaftliche Synergie-Effekte. Kosten für Erschließung und den Anschluss an das Stromnetz können durch die gemeinsame Nutzung der Infrastruktur besser verteilt werden. Dadurch wird die Mindestanzahl an Windkraftanlagen reduziert, die für ein wirtschaftliches Projekt nötig wäre. Es gibt also gute Gründe, in der Nähe dieses Solarparks zusätzlich in der für den Standort angemessenen Anzahl Windräder zu bauen. Das würde die notwendige Infrastruktur besser auslasten und Energie liefern, wenn die Sonne nicht scheint. Gleichzeitig würden zusätzliche Erträge sowohl für die Gemeinde als auch für den dortigen Kooperationspartner/Investor generiert werden. Daran muss sowohl die Gemeinde als auch das dortige Unternehmen ein Interesse haben. Zudem trägt diese Maßnahme zur Erreichung der Klimaschutzziele des Landes Hessen bei. Die Investition in den Klimaschutz bedeutet gleichzeitig eine Investition in unsere Sicherheit. Wie Außenminister Johann Wadephul (CDU) jüngst erklärte, werden Klimarisiken zunehmend auch zu Sicherheitsrisiken und dezentrale, erneuerbare Energiequellen zur Lebensversicherung (siehe Rede unter https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2805068-2805068).

Zu 3. Windkraft in Eltville

Ein Umdenken in unserer Finanz- und Energiepolitik ist nur dann glaubwürdig, wenn wir nicht gleichzeitig versuchen, die Bemühungen unserer Nachbarkommune zu behindern. Daneben erlauben die Gesetze und Richtlinien, Nachbarkommunen bei nahen Windkraftprojekten an den Gewinnen zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Simone Apitz
(Fraktionsvorsitzende)

gez. Magnus Heinrich
(Co-Fraktionsvorsitzender)